

Horst Groschopp

Keine Kultur ohne Dienstboten, nebst einer Anmerkung über das Recht auf Faulheit

In: Utopie kreativ, Berlin (1997)80, S.49-55.

Kulturpolitik gehört gegenwärtig zu den langweiligsten und karriereundienlichsten Beschäftigungen in Deutschland. Das liegt wesentlich daran, daß sich die Debatten über deren finanzielle, strukturelle und legitimatorische Krise auf die Verwaltungsbereiche Kunst, Wissenschaft und Schule beschränken, letzteres sogar in aller Regel ohne das Thema Religionsunterricht. Die Gegenstände des aktuellen Streits haben sich weitgehend von den Diskussionen über Werte und Ziele gesellschaftlichen Handelns gelöst. Als Kulturpolitik vor etwa hundert Jahren entstand, ging es noch um Perspektiven in Staat und Wirtschaft. Vorangetrieben wurde die immer stärkere Einengung auf Bildungs- und Kunstbereiche durch die Entgegensetzung von Kultur und Zivilisation und daran gebundene Weltanschauungskämpfe, aber auch durch bürokratische Arbeitsteilungen.

Zwei einflußreiche politische Konzepte beförderten diesen Vorgang: Da ist erstens die in den frühen Achtzigern durch Heinrich von Treitschke ausgesprochene Warnung zu nennen, daß es „Keine Kultur ohne Dienstboten“ geben könne. In seinen Vorlesungen an der Berliner Universität betonte er die Abhängigkeit wissenschaftlicher, künstlerischer und politischer Tätigkeit von dienstbaren Geistern, die alle niederen Arbeiten ausführen, damit die geistigen Eliten ihrem Schöpferum nachgehen können. Eine Demokratisierung der Kultur sei unmöglich – schon aus finanziellen Gründen.

Zweitens begann zu etwa der gleichen Zeit die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland und anderswo einen prinzipiellen Abwehrkampf gegen alle kulturellen Programme und Bewegungen zu führen, die mit hedonistischen Ideen des Rechts auf Faulheit im Proletariat Gehör zu finden hofften. Aus nachvollziehbaren Erwägungen huldigte die Arbeiterbewegung stattdessen einem protestantischen Arbeitsethos. Sie verweigerte sich genußsüchtigen und sinnenfreudigen Zumutungen. Paul Lafargue, der 1883 seine satirische Studie „Das Recht auf Faulheit“ gegen das proletarische Laster der Arbeitssucht schrieb (deutsche Übersetzung 1891), kritisierte den Eigenwunsch der Arbeiter nach einem „Recht auf Arbeit“. Das sei ein Sich-fügen in industriellen Zwang und in ungesunde Zeitrhythmen und zerstöre personalen Kontakt. Es sei ein Verhängnis für Arbeiter, den ihnen zugewiesenen sozialen Status zu akzeptieren. Die Sucht nach Arbeit treibe den Proleten in Erniedrigung und Raserei. Er solle lieber ein Gesetz fordern, „das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten“. Lafargue hielt einen Zustand für Kultur (Zitat), in dem Arbeiter den ganzen Tag „Zigaretten rauchend in der Sonne liegen“, statt um Arbeit zu betteln.

Wenn nun angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosen und einer Debatte über das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ausgerechnet an Lafargues Freizeitkonzept erinnert wird, scheint dies eine Apologie des gegenwärtigen Zustands zu sein nach dem Motto: Seid doch froh, daß ihr keine Arbeit habt, nutzt doch die freie Zeit für Bildung und Kultur. Doch zynisch hat dies der alte Freidenker nicht gemeint. Er wollte vielmehr mitteilen:

- die Verhältnisse zwingen euch Arbeiter sowieso zur Suche nach einer Erwerbstätigkeit, da habt ihr keine andere Chance
- die Aneignung von Bildung und der Kunstgenuß sind an Muse gebunden, die müßt ihr euch erobern
- es sind auch die einfachen Vergnügen zu achten.

Vor allem war zu seiner Zeit noch gar keine Arbeiterfreizeit sichtbar, sie erschien als Utopie und Forderung. Logischerweise gab es auch keine Kulturindustrie, deren Produkte inzwischen ein anderes „Opium des Volks“ weitgehend ersetzt haben. „Amerikanisierungen“ in den letzten 150 Jahren brachten das Religiöse in eine Situation, wie Peter Sloterdijk zugespitzt ausdrückt, in der es mehr und mehr „metaphysisches Vitamin, mentale Diät, Antidepressivum und Herztonikum, Faktor einer umfassenden Selbstmedikation und Selbstmission“ geworden ist – und im Rahmen anderer „Erlebnisse“ funktioniert, die ebenfalls „Heiliges“, „Erbauendes“ usw. bereitstellen: Independence day und Rostock gegen Schalke. Zudem sind heute die christlichen Moralisten keineswegs mehr so selbstverständlich auf der Seite von Thron und Kontor wie im 19. Jahrhundert. Wir leben in einer weitgehend säkularen Welt. Auch kämen die Kapitaleigner wohl nicht auf die Idee, gegen die modernen Opiate (um im Bild zu bleiben) zu wettern und statt dessen asketische Bildungsideale und moralische Erziehungsprogramme anwenden zu wollen: schließlich sollen wir das Zeug kaufen, für das sie Werbepausen brauchen.

Konzepte von Kulturarbeit, wie sie um 1900 in Deutschland vor dieser Entwicklung entstanden und sich in der DDR tradierten, gingen – vereinfacht ausgedrückt – von „volkspädagogischen“, „kollektiven“ und „moralisierenden“ Grundgedanken aus. Es scheint, das belegen die entsprechenden Debatten, viele Kulturleute der PDS trauern diesem Kulturverständnis nach. Sie sehen in der aktuellen Massengesellschaft Verluste gegenüber früheren höheren und hehren Zielen und trauen nicht dem individuellen Bedürfnis nach „Erlebnissen“ und seien es solche – Lafargue einmal abgewandelt – Zigaretten rauchend vor der Glotze sitzen. Da ist selbst die katholische Kirche flotter, die mit „Tellux“ eine eigene Produktionsfirma für so etwas besitzt (die übrigens gemeinsam mit der MDR-Tochter „Drefa“ das ganze Kulturerbe der DEFA gekauft hat).

Konzepte einer anstrengenden Bildungsbeflissenheit und Erziehung durch Kunst haben sich weitgehend erledigt. Sie waren Teil der Produktion bestimmter Typen arbeitswilliger Proleten, im 19. Jahrhundert, in der sowjetrussischen Kulturrevolution, in der frühen DDR und BRD. Vielleicht existieren solche Programme nur in strukturwandelnden Aufbauphasen, wo alle Anstrengungen sich auf massenhaften Wandel arbeitender Subjekte hin zu einem bestimmten Muster „neuer Mensch“ konzentrieren. Das war die Funktion von Kulturarbeit, die Verinnerlichung arbeitsethischer Normen zu unterstützen und zu ergänzen: die Unterwerfung des dazu unwilligen Menschen unter das Diktat von Fabrikant und Maschine. Kulturarbeit war deshalb meist eine anstrengende, ernste und erziehende Veranstaltung, egal, ob vom Evangelisch-sozialen Kongreß, von den ethischen Gesellschaften oder den Arbeiterbildungsvereinen betrieben. Sogar die Losung, die „Die Kunst dem Volke“, gehorchte diesem Mechanismus, denn sie bedeutete, wie dann weiland in der DDR, nicht mehr Lohn, Konsum und Demokratie, sondern Kunst als Ersatz dafür. Das ganze Konzept der „Volkskultur“, vom Brigadeausflug bis zum organisierten

Theaterbesuch, findet sich deshalb bereits vor der Jahrhundertwende bei Fabrikanten von Abbe bis Krupp.

Treitschke, einem konservativ-elitären Begriff von Kultur folgend, lehnte selbst diese Entwicklung gänzlich ab. Doch ist sein Motiv nebensächlich gegenüber dem Ergebnis. Er meinte, der Staat müsse endlich Kulturpolitik betreiben, und zwar eine solche, die der Demokratisierung gegensteuere. Damit wurde Treitschke zu einem Begründer der Kulturpolitik in Deutschland. Denn bis dahin war Kulturpolitik weitgehend „Kulturpolizei“ gewesen. So hieß die Verwaltung der Bildungsmittel. Die bisherige kulturpolizeiliche Praxis wurde durch eine Reihe neuer Entwicklungen gestört:

Da war erstens von 1872/73 bis Ende der Achtziger der Kulturkampf des preußischen Staates gegen die katholische Kirche und die damit voranschreitende Säkularisation des Alltagslebens. Die Verweltlichung des Staates, bei allen Halbheiten, schritt voran und gefährdete die religiösen Grundlagen der Sittlichkeit; noch wichtiger aber, sie entmachtete das Kultusministerium, das immerhin die staatsrelevanten religiösen und damit, nach der damaligen Gesellschaftsverfassung, die kulturellen Werte gemeinsam mit den Kirchen verwaltete. „Kultur“ wurde in diesem Kontext sozusagen als eine Ersatzleistung für die schwindende Religiosität gesehen.

Zweitens bekamen Arbeiter, wenn auch wenig, so aber doch Freizeit, einen sozialen Raum des Lebens ohne Aufsicht und ohne Einfluß durch Fabrikanten, Pfarrer und Beamte – und sie nutzten das weidlich gemäß ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen zwischen Bierabend und Bildungsverein. Das rief Volkserzieher auf den Plan.

Drittens: Intellektuelle, noch gering an Zahl, darunter viele Künstler, wandten sich sozialkulturellen Bewegungen zu, die ihnen Lohn und Brot gaben, den Sozialdemokraten, den Freidenkern, später den Lebensreformern, Kunstvereinen und Bildungszirkeln. Als Schriftsteller gingen sie nach 1874 in großer Zahl in die Massenpresse, ja sogar in die Politik. Sie begannen, den verbeamteten „Kulturträgern“ und den professionellen Politikern nicht nur Beifall zu spenden, sondern sie mit ihren Fragen und Vorstellungen über die Werte des Lebens und die Ziele des Staates zu belästigen.

Die Tendenz, daß Kreti und Pleti über Heiliges redet, erschien Treitschke unerträglich. Er wollte retten, was er unter Kultur verstand. Das war in seinen Augen nicht demokratisierbar. Deshalb unterschied er die Realpolitik von der Kulturpolitik. Realpolitik sei keine Veranstaltung der Akademie der Künste, sondern von dazu berufenen Männern, die Geschichte machen. Außerhalb davon sei Kulturpolitik nötig, die aber aufhören müsse, sich in die Staatsziele einzumischen. Sie solle sich um Preußens Glanz kümmern. Die strukturellen Ergebnisse dieser Konzeption sind nicht zuletzt in Berlin zu besichtigen. Fast alle Welt hat inzwischen gelernt, daß „Leuchttürme“ Kultur sind. Zwar hat sich in der Folgezeit auch eine volksnahe Kulturarbeit ausgebildet, vor allem aus politisch präventiven Gründen. Sie wurde sogar seit den 1920ern bis in die Achtziger zunehmend kommunal gefördert. Doch beträgt der Anteil der öffentlichen Kulturausgaben für freie Angebote heute noch immer nur zehn Prozent der Kulturetats.

Doch nicht in der Entgegensetzung von Repräsentations- und Volkskultur besteht das Kernproblem des Kulturpolitik-Verständnisses, sondern darin, daß seit Treitschke in den Verhandlungen über Kultur und Kulturpolitik in aller Regel nicht Bedürfnisse, Perspektiven und Lebensideale von Individuen und sozialen Gruppen in ihrer Ganzheitlichkeit verhandelt werden, sondern die Anliegen und Formen des gesonderten kulturellen Bereichs. Das ist so, trotz zweier gegenteiliger Entwicklungen:

Erstens waren noch nie so viele Menschen in Deutschland von „wirklicher Arbeit“, wie Marx sagen würde, freigestellt: Schüler, Studenten, Rentner; Obdachlose, Asylsuchende, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Aussteiger; Soldaten, Pfarrer, Künstler, Wissenschaftler, Politiker. Sie sind ihre eigenen „Dienstboten“ (Dienstleister) und raus aus der proletarischen Knochenmühle (wenn auch einige nur vorübergehend). Man braucht in der Abteilung für die Intelligenz auf den Arbeitsämtern nur zuzuhören, wie oft ein „Herr Professor ...“ oder „Herr Doktor ...“ aufgerufen wird. Was dieser Strukturwandel für die Kultur bringt, dürfte spannend werden, denn erstmals arbeitet eine Minderheit für die Kultur einer Mehrheit.

Zweitens zeigt die Existenz inzwischen Tausender Menschen, die in der Jobkultur ihre kulturelle Kompetenz leben und lieber zeitweise Taxi fahren, als der alten Arbeitsauffassung nachzugeben, eine beachtenswerte Entwicklung: Die Bohème hat sich vergrößert, modernisiert und besteht inzwischen aus höchst heterogenen Gruppen von Lebenskünstlern.

Wenn es um einen nach Alternativen suchenden Diskurs geht, müßte ‚Kultur‘ als Praxis der Wahrnehmung und Bearbeitung von ‚Wirklichkeit‘ behandelt werden. Es ginge „um strategische Argumentationen, um die Definition von Werten, Symbolen, Bedeutungen, die dann ihrerseits zur Legitimation sozialen und politischen Handelns benutzt werden.“ Schließlich sind „solche ethischen, ästhetischen wie moralischen Legitimationsmuster ... wandelbar und gestaltbar“. (Wolfgang Kaschuba) „Kultur“, so der Rechtswissenschaftler Dieter Grimm, sei letztlich ein vom Individuum aus gesehenes „überpersonales System von Interpretationen, Werten und Ausdrucksformen“. Es stelle „bestimmte Deutungsmuster und Sinnentwürfe für die Welt und seine eigene Befindlichkeit in ihr zur Verfügung und vermittelt ihm damit zugleich Orientierungsweisen und Vorzugsregeln, auf die er in Kommunikations- und Entscheidungssituationen zurückgreifen kann.“ – Aber in diesen Dimensionen ist kein Kulturdiskurs unter Kulturleuten zu entdecken, schon gar nicht unter Kulturpolitikern; höchstens die Kirchen führen ihn. Die Reste der Freidenker erkennen gerade diese Fehlstelle – ihre frühere Domäne. Dabei wird doch in der Regel in den Kulturhaushalt all das eingestellt, was mit dem Tun und Lassen von Kirchen zu tun hat. Da geht es um viel Geld. Doch beraten dies irgendwelche Kulturausschüsse?

Der „Kulturbegriff“ bei Kulturpolitikern – und warum sollte dies bei denen der PDS anders sein – ist eingeeengt auf einen „kulturellen Bereich“. Theodor W. Adorno machte mit einer scheinbar lapidaren Mitteilung darauf aufmerksam, daß sich der Kulturbegriff im 20. Jahrhundert aus einer eher wertenden, normativen Kategorie, die Ideale und Urteile über Zustände ausdrückt, also weltanschaulich angereichert ist, in eine Kategorie wandelte, die stärker strukturelle und institutionelle Tatsachen erfaßt und abbildet: Der Kulturbegriff zeigt einen „administrativen Blick“ und sei durch Verwaltungsanforderungen und Verwaltungshandeln geprägt. „Die Zusammenfassung von so viel Ungleichnamigem wie Philosophie und Religion,

Wissenschaft und Kunst, Formen der Lebensführung und Sitten, schließlich dem objektiven Geist eines Zeitalters unter dem einzigen Wort Kultur verrät vorweg den administrativen Blick, der all das, von oben her, sammelt, einteilt, abwägt, organisiert.“ Das komme in der Einrichtung von speziellen Verwaltungsressorts „Kultur“ zum Ausdruck. Und darüber spricht man dann immer, anstatt über Kultur zu reden.

Vielleicht provoziert uns in dieser Lage Paul Lafargue genauso wie vor hundert Jahren seinen Schwiegervater, den arbeitszentrierten Staatssozialisten Karl Marx. Lafargue sah die arbeitenden Menschen der Zukunft gerade in den „Zeiten der Krisis eine Verteilung der Produkte und allgemeine Erholung verlangen“, statt mehr arbeiten zu wollen. Den Moralisten, die Fleiß und Enthaltbarkeit predigen, werde man ein Fest vorführen: „An den großen Volksfesten der Kommunisten, wo die Becher kreisen und duftende Kuchen und Braten zum Genuß einladen, werden die Mitglieder der Kultusbehörden, die in Frack und Talar einherwandelnden Pfaffen der ökonomischen (,) katholischen, protestantischen, jüdischen und freidenkerischen Kirche (,) die Propagandisten des Mathusianismus, der christlichen oder philosophischen Moral, in gelbem Kostüm die Kerzen halten ...; bei brechenden Tafeln, die von übermütigen Frauen bedient werden ... bei gefüllten Fässern“ siegen die zu Lasten erklärten Bedürfnisse über das Verderbnis ausschweifender Arbeitsamkeit. „O Faulheit, Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei Du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit!“

Sicher ist die Sache komplizierter, aber das wäre schon ein Anfang, sich über den Spott des Freidenkers Lafargue zu ärgern und sich die Frage zu stellen: Warum engagieren sich die vielen Erwerbslosen nicht ehrenamtlich für eine neue Kulturarbeit, wenn sie schon keine (bezahlte) Arbeit haben – und warum nicht in der aktiven Politik?